

Sozialvereine geraten massiv unter Druck

Viele Trägervereine im Sozialbereich kämpfen mit Mehrkosten durch neue Vorschriften. Vom Land gibt es heuer zwar mehr Geld – aber nur für finanzielle Altlasten.

STEFAN VEIGL

SALZBURG. Das neue Jahr bringt etliche von Salzburgs Sozialvereinen gehörig ins Trudeln. Denn gleich auf mehreren Ebenen stellen sich die Mehrkosten – für die die Träger nichts können.

Energieeffizienzgesetz: Laut diesem Gesetz brauchen betrieblich genutzte Gebäude und Fuhrparks ab 2016 ein Audit. Dieses kostet aber etwa für die rund 60 großteils gemieteten Gebäude des Salzburger Hilfswerks samt Fuhrpark 70.000 Euro. Hilfswerk-Geschäftsführer Hermann Hagleitner: „Viel Geld für etwas, das uns nichts direkt bringt.“

Arbeitnehmerschutz: Seit 2011 gelten alle behinderten Klienten, die in Werkstätten arbeiten, rechtlich als Arbeitnehmer. Daher müssen die Träger für sie Beiträge zur Unfallversicherung (UV) zahlen. Diese Neuregelung, die viele NGOs im Sinne der Selbstständigkeit ihrer Klienten begrüßen, verursacht aber hohe Kosten. Lebenshilfe-Geschäftsführer Guido Güntert: „Wir ha-

ben statt 700 jetzt plötzlich rein rechtlich 1400 Mitarbeiter. Daher brauchen wir mehr Sicherheitsvertrauenspersonen, mehr Stunden für den Arbeitsmedizinischen Dienst etc. Das kostet uns 80.000 Euro.“ Dazu kämen noch 30.000 Euro an UV-Beiträgen.

Auch das neue Gesetz zur psychischen Fehlbelastung von Mitarbeitern wird in der Sozialszene begrüßt. Die dafür nötigen Mitarbeiterbefragungen und Workshops kosten aber allein das Hilfswerk 35.000 Euro pro Jahr.

Zivildienere: Im Sommer 2015 wurde den Trägern von der Zivildienere-Serviceagentur mit Verweis auf das Flüchtlingsthema mitgeteilt, dass „Nicht-Blaulichtorganisationen“ ab sofort die gesamten Personalkosten für Zivildienere übernehmen müssen – in Höhe von 410 Euro im Monat. Für die Lebenshilfe Salzburg, die pro Jahr rund 65 „Zivis“ braucht, haben sich so die diesbezüglichen Kosten im Vergleich von 2014 auf 2016 um 56.000 auf 221.000 Euro erhöht.

Ausgleichstaxe: Diese Taxe zahlen jene Firmen, die nicht pro 25 Mitarbeiter mindestens einen Menschen mit Behinderung einstellen. Sie wurde zuletzt von 223 Euro pro Monat und nicht besetzter Behindertenstelle auf 370 Euro erhöht. Das trifft insbesondere Träger wie die Lebenshilfe, die selbst mit Behinderten arbeiten und daher nach eigenen Angaben diese Pflicht-Einstellungsquote

oft nur schwer erfüllen können. Guido Güntert rechnet daher allein für die Ausgleichstaxe heuer mit Kosten von rund 67.000 Euro.

Bauliche Vorschriften: Ab heuer müssen alle öffentlichen Gebäude barrierefrei sein – was weit mehr bedeutet, als nur Altbauten mit Liften auszustatten. Denn allein der Einbau einer automatischen Tür koste pro Stück 5000 Euro, heißt es in der Sozialszene. Aber auch die diversen anderen baurechtlichen Vorschriften kommen teuer: Die Caritas hat etwa den Neubau einer Küche im Dorf St. Anton bei Bruck, wo Menschen mit Behinderung betreut werden, verworfen. Caritas-Direktor Johannes Dines: „Mit al-



Guido Güntert, Lebenshilfe

„Wir müssen den Urlaub für unsere Klienten streichen.“

len Vorschriften und Standards etwa für Dunstabzüge, Kühlräume etc. hätte uns das bis zu 600.000 Euro gekostet.“ Also bezieht man es bei einem Umbau.

Neuer Kollektivvertrag: Mit 1. Februar wurde der bisherige BAGS-Kollektivvertrag geringfügig erweitert und in „Sozialwirtschaft Österreich-KV“ umbenannt. Das Problem, das die Salzburger Träger seit Jahren mit schleppen, bleibt aber: Seit 2009



Die Kosten für „Zivis“ wie Alex Roth.

hat das Land die KV-Steigerungen nicht vollständig abgedeckt, sondern die Subventionen nur analog zu den meist niedrigeren Steigerungen der Beamtengehälter erhöht. Dazu kommt, dass es 2009 für die Beamten eine Nulllohnrunde gab. Hilfswerk-Chef Hagleitner: „Diese sogenannte BAGS-KV-Lücke aus der Vergangenheit macht allein bei Hauskrankenpflege und Haushaltshilfe 2016 für alle Anbieter in Salzburg in Summe 400.000 Euro aus. 200.000 Euro davon treffen das Hilfswerk.“

Ein weiteres, aber nicht durch Gesetze verursachtes Problem, sind die steigenden Kosten bei den Seniorenheimen – weil die durchschnittliche Pflegestufe der Betreuten immer weiter steigt. Diakonie-Geschäftsführer Michael König: „Für den stationären Seniorenheimbetrieb bräuchten wir daher eine außerordentliche Tarifierhöhung um drei Euro pro Person und Tag. Erst dann sind wir kostendeckend.“

Die Sozialvereine müssen daher schon heuer teilweise auf diese Kostensteigerungen reagieren: So wird die Lebenshilfe den bisher üblichen einwöchigen Urlaub